

Untergeordnete Integration

Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Ukraine

Joachim Becker

Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine schreibt sich in eine doppelte Logik ein. Einerseits ist das Abkommen Ausdruck einer allgemein außenorientierten Wirtschaftsstrategie der EU. Da die inneren Absatzmöglichkeiten durch die Austeritätspolitik eingeschnürt werden, wird das Heil im Waren- und Kapitalexport gesucht. Im Dienst dieser Expansion stehen Freihandelsabkommen, im Fall der europäischen und Mittelmeerperipherie auch der Versuch der Übertragung von EU-Normen. Insofern sind die Assoziationsabkommen Ausdruck einer EU-Politik der untergeordneten Teilintegration der umgebenden Peripherie. Andererseits haben die östliche Partnerschaftspolitik und die die Abkommen mit post-sowjetischen Staaten eine geopolitische Komponente und sind auf die Zurückdrängung des russischen Einflusses im postsowjetischen Raum gerichtet. Im Vordergrund dieses Beitrags sollen die wirtschaftliche Rationalität und die absehbaren ökonomischen Folgen des Abkommens zwischen der EU und Ukraine stehen.

Die Östliche Partnerschaftspolitik und ihre Konkurrenz zur Eurasischen Union

Stärker systematisiert wurde die EU-Politik gegenüber den europäischen postsowjetischen Ländern mit Ausnahme Russlands mit der Politik der östlichen Partnerschaftspolitik im Jahr 2008. Zu ihrem Kern machte die EU die Aushandlung von Assoziationsabkommen, deren Kern Freihandelsabkommen und die Übertragung von EU-Normen im Bereich der wirtschaftlichen Governance stehen (vgl. Becker 2014, Vercueil 2014). Dieser Zugang wird als „tiefe Integration“ bezeichnet. Wie Claar und Nölke (2012) herausarbeiten, werden Ländern der Semi-Peripherien durch die „tiefe Integration“ für ihre sozio-ökonomischen Verhältnisse unpassende Normen und Institutionen übergestülpt. Sie vertiefen bestehende wirtschaftliche Asymmetrien. Daneben beinhalten die Abkommen auch allgemeiner gehaltene Paragraphen zur politischen und Sicherheitszusammenarbeit. Diese Komponente bezeichnet die Krejčí (2014: 23) als Schaffung eines Cordon sanitaire gegenüber Russland. In Bezug auf die postsowjetischen Länder ist momentan diese Form der militärischen Zusammenarbeit ein Lückenfüller für die weitere NATO-Expansion nach Osten, die nach der georgischen Provokation eines bewaffneten Konfliktes mit Russland erst einmal auf Eis gelegt worden war (Trenin 2014).

Die EU richtete ihre Partnerschaftspolitik auf die postsowjetischen Länder Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Moldawien und Ukraine aus. Das Hauptaugenmerk war auf die Ukraine als dem ökonomisch und politisch wichtigsten Land dieser Gruppe und dem wichtigsten Gastransitland zwischen Russland und der EU gerichtet. Der Handelsaustausch dieser Länder mit der EU ist unterschiedlich intensiv. Nur bei Moldawien und Aserbaidshan liegt der Außenhandelsanteil der EU in einzelnen Spitzenjahren knapp über 50%, ansonsten oszilliert er zwischen einem Viertel und einem Drittel und zeigt seit Beginn der großen Krise seit 2008 tendenziell eine rückläufige Tendenz auf (Sadowski 2013: 26, Abb. 6). Mithin ist deutlich, dass für die meisten Länder der östli-

chen Partnerschaft der Außenhandel mit der EU nicht dominant ist, im Regelfall hat der Handel mit Russland ebenfalls eine große Bedeutung. Ein zweites Charakteristikum fast aller der genannten Staaten – mit Ausnahme von Belarus – ist der katastrophale Verlauf der kapitalistischen Transformation der letzten 25 Jahre. In Georgien, Moldawien und der Ukraine lag das BIP 2008, also noch vor dem erneuten krisenbedingten Einbruch, 30% bis 40% unter dem Niveau von 1989 (Myant/Drahokoupil 2011: 51 ff.). Entsprechend weit liegen die Länder unter dem Niveau BIP pro Kopf der EU. Zu Kaufkraftparitäten erreichte 2012 Belarus 50% des EU-Niveaus, Aserbaidtschan 33%, die Ukraine 24%, Armenien und Georgien 18% und Moldawien gar nur 11% (Sadowski 2013: 23, Abb. 3). Der EU-Akzent auf Freihandel trägt den enormen Entwicklungsunterschieden keine Rechnung und würde eine weitere De-Industrialisierung implizieren. Belarus und Aserbaidtschan hatten zwar Interesse an einer wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der EU, nicht aber an einem Freihandelsabkommen. Aber selbst für die anderen Länder stellt Sadowski (2013: 29), ein grundsätzlicher Befürworter der EU-Ostpartnerschaftspolitik, einen Mangel ausreichender positiver Integrationseffekte, welcher die hohen finanziellen und gesellschaftlichen Kosten der Abkommen kompensieren würde. Für die Länder Region stellt(e) die 2009 von Russland gestartete Initiative einer Eurasischen Union eine potentielle Alternative dar (Ehlers 2014). Die beiden Projekte stehen miteinander in Konkurrenz und „schließen sich wechselseitig aus“ (Sadowski 2014: 29). Aserbaidtschan als öl- und gasexportierende Ökonomie hält Distanz zu beiden. Belarus bildet mit Russland und Kasachstan den Kern der Eurasischen Union. Und Armenien ist – eher aus politischen Gründen – auf Distanz zu einem Assoziationsabkommen mit der EU gegangen und gilt als Beitrittskandidat der Eurasischen Union. Georgien optierte – ebenfalls aus politischen Gründen und angesichts des angespannten Verhältnisses zu Russland – für ein Assoziationsabkommen mit der EU. In Moldawien und der Ukraine waren und sind die Orientierung auf EU oder Russland ein höchst umstrittenes Thema geworden. Moldawien hat das Assoziationsabkommen mit der EU zwar unterzeichnet, aber die künftige Haltung des Landes ist unklar. Die Zustimmung in der Bevölkerung zur EU-Orientierung ist, so eine Studie des deutschen außenpolitischen Think-Tanks Stiftung Wissenschaft und Politik (Büscher 2014: 2) seit Amtsantritt einer Pro-EU-Koalition signifikant gesunken. Im Herbst stehen Wahlen an, welche die Kommunistische Partei gewinnen könnte. Diese kritisierte in der Vergangenheit das Abkommen scharf, ist aber intern in der Frage gespalten. Der „Wirtschaftsflügel“ der KP ist eher auf die EU ausgerichtet und in der Frage momentan tonangebend (ibid.: 3). Allerdings fallen auch die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland, speziell die Arbeitsmigration, für Moldawien ins Gewicht. Dies gilt beispielsweise für den Agrarexport, bei dem Russland auch schon zu Repressalien gegriffen hat. Stärker noch dürfte aber die Arbeitsmigration ins Gewicht fallen. Etwa 300.000 MoldawierInnen arbeiten in Russland. Überweisungen aus dem Ausland belaufen sich auf 24% des BIP Moldawiens, wovon allein 68% aus Russland stammen (Secrieru/Sobják 2014). Die Frage des Verhältnisses zu EU und Russland behält in Moldawien erhebliche Brisanz. Extrem eskaliert ist der Konflikt über die außenwirtschaftliche und -politische Ausrichtung bereits im Schlüsselland Ukraine.

Ukraine: Doppelausrichtung auf EU und Russland

Wirtschaftlich haben die Beziehungen zur EU und Russland für die Ukraine in etwa die gleiche Bedeutung. Beim ukrainischen Export lagen die EU und Russland mit Anteilen

von 25,3% bzw. 24,1% 2012 fast gleichauf. Beim ukrainischen Import war der Anteil der EU mit 40,7% gegenüber einem russischen Anteil von 19,6% zwar höher (European Commission Directorate-General for Trade 2013: 10), aber die Ukraine ist hochgradig von Energieimporten aus Russland abhängig (vgl. Ilina 2011: 72 f.). Schwerindustrie und Maschinenbau, speziell in der Ostukraine sind relativ stark auf Russland ausgerichtet. In besonderem Maße gilt dies für Teile der Rüstungsindustrie (vgl. Ilina 2011: 71). Anders stellt sich die Exportzusammensetzung der Ukraine mit der EU dar. Hier bestanden 2012 52% der ukrainischen Exporte aus Primärgütern, nur 44,7% aus Industriegütern. Im ukrainischen EU-Import hingegen dominierten Industriegüter mit 79,8% (European Commission Directorate-General for Trade 2013: 2). Tatarenko (2009: 371) weist kritisch auf den hohen Anteil importierten Massenkongsumgütern hin, die traditionell in der Ukraine produziert wurden. Eine Handelsliberalisierung dürfte die betroffenen Sektoren noch stärker unter Druck setzen. Bereits vor Abschluss des Freihandelsabkommens wies das Handelsmuster zwischen der EU und der Ukraine klassische Nord-Süd-Strukturen auf. Wenig überraschend ist daher, dass vor allem ukrainische Kapitalgruppen im agro-industriellen Bereich (darunter der jetzige Präsident Petro Porošenko) vom Assoziationsabkommen mit der EU profitieren würden (Kościnski/Worobiow 2013: 1 f., Lukierska 2014). Asymmetrisch war auch das Handelssaldo zwischen der Ukraine und der EU. 2012 deckten die ukrainischen Exporte gerade einmal 62% der Importe ab (Becker 2014).

Bei den Direktinvestitionen sind die Statistiken nur begrenzt aussagekräftig, den Großteil dieser Investitionen läuft über Steuer- und Regulierungsparadiese (v.a. Zypern) und stammt ursprünglich aus der Ukraine selbst. Es hat aber auch Firmenübernahmen bzw. -gründungen durch Auslandskapital gegeben. Hierbei sind zwischen Kapital aus EU-Ländern und Russland sektorale Unterschiede erkennbar. Laut Tatarenko (2009: 379) konzentrierten sich die Direktinvestitionen aus der EU vor der Krise stark auf Handel und Dienstleistungen, nur 12% gingen in produktive Sektoren. Bei russischen Unternehmen war das anders. Einerseits gab es einen Schwerpunkt im Bereich Energie (Ilina 2011: 71), andererseits bauten russische Unternehmen ihre Position in Teilen der Schwerindustrie in der aktuellen Krise aus (Bojczun 2011: 164 f.). Banken sowohl aus der EU als auch Russland bauten zwischen 2004 und 2008, den Jahren des kreditgetriebenen Wachstums, ihre Präsenz in der Ukraine stark aus. Der Anteil des Auslandskapitals im ukrainischen Bankensektor stieg zwischen 2004 und 2009 von 13% auf über 50%. 61% des Anteils der Auslandsbanken entfielen auf Banken aus 6 EU-Ländern, wobei Österreich (speziell Raiffeisen) und Italien (Unicredit und Intesa San Paolo) mit Anteilen von 16% bzw. 14% an der Spitze lagen. Russische Banken, vor allem Staatsbanken, hielten einen Anteil von 21% (Bojczun 2011: 162). Im Gefolge der aktuellen Wirtschaftskrise und einem hohen Anteil von Devisenkrediten an der Verschuldung geriet der Bankensektor in der Ukraine in große Probleme – 40% der Kredite sind nach einer breiteren Definition „notleidend“ (Becker 2014b: 21 f.). Damit trat ein Teil der Auslandsbanken den Rückzug an. Wenngleich sowohl für die EU und Russland ein starkes Engagement im Finanzsektor festzustellen ist, wird – parallel zum Muster der Handelsverflechtung – auch bei den Direktinvestitionen eine Verdichtung der Verflechtung zwischen der Ukraine und Russland im Bereich der Schwerindustrie deutlich, die es so im Verhältnis zur EU nicht gibt.

Sehr substantiell ist die Arbeitsmigration sowohl in die EU als auch nach Russland.

„Tiefe Integration“: Kern des Assoziationsabkommens

Das Assoziationsabkommen besteht aus einem etwas stärker allgemein gehaltenen politisch-militärischen und einem sehr detailliert gehaltenen ökonomischen Teil. Der politische Teil sieht u.a. auch eine sicherheitspolitische Kooperation vor (Art. 7, 9–13). Sehr detailliert ist der ökonomische Teil, den die Europäische Kommission als die Schaffung einer „tiefen und umfassenden Freihandelszone“ kennzeichnet (European Commission o.J.: 1). Die Abschaffung von Zöllen ist fast komplett. Ihr Rhythmus unterscheidet sich allerdings, wie auch die Europäische Kommission darstellt, gravierend. Er tritt für industrielle Erzeugnisse, bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Autoindustrie in der Ukraine), sofort in Kraft, während im Agrarsektor die Zolleliminierung seitens der EU nur graduell und über 10 Jahre verteilt erfolgen wird (ibid.: 1). Darin kommt eine Asymmetrie zugunsten der EU zum Tragen. Die rasche Liberalisierung des Industriegüterhandels wird sich absehbar ungünstig auf die ukrainische Industrie auswirken und dort De-Industrialisierung bewirken.

Als besondere Erfolge vermerkt die Europäische Kommission Gleichbehandlung in- und ausländischer Bieter bei öffentlichen Ausschreibungen, was die Kommission als „präzedenzloses“ Beispiel eines Nicht-EWR-Mitglieds in den EU-Binnenmarkt abfeiert (ibid.: 6). Damit verliert die Ukraine ein potenzielles Schlüsselement für eine Industriepolitik (Becker 2014a: 2). Starke Einschränkungen in der Normsetzung nimmt die Ukraine beispielsweise auch in der Wettbewerbspolitik (inkl. öffentlicher Betriebe) hin, in der eine Angleichung auf den *Acquis Communautaire* vorgenommen wird (Association Agreement 2013: Chap. 10). Auch in anderen sensiblen Bereichen (z.B. Finanz- und Telekommunikationsdienste) soll der *Acquis communautaire* übernommen werden. Wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume werden auch durch die „Standardsicherungen“ für Kapitalverkehrsfreiheit (European Commission o.J.: 5) empfindlich beschnitten.

Eine Besonderheit des Abkommens mit der Ukraine ist die erstmalige spezifische Einbeziehung des Energiesektors in einen derartigen Vertrag (European Commission o.J.: 7). Im wichtigen Gastransitland Ukraine treffen die unterschiedlichen Interessen der EU und Russlands im Energiesektor besonders heftig aufeinander. Teilweise hat sich die Ukraine bereits früher durch die Energy Community Charter von 2005 auf die Übernahme von Teilen des EU *Acquis Communautaire* im Energiebereich verpflichtet. Diese ist auch für das Assoziationsabkommen (Art. 278) eine Referenz. Darüber hinaus erhält das Assoziationsabkommen aber auch eine Reihe von eigenen Bestimmungen. Diese betreffen speziell den gleichberechtigten Zugang zu Exploration und Förderung (Art. 279) sowie die Schaffung einer sogenannten unabhängigen Regulierungsbehörde für Elektrizität und Gas (Art. 277), aber auch die Abschaffung der ukrainischen Subventionen für die Haushalte, die auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF) schon verschiedentlich und vergeblich gefordert worden war. Angesichts der extrem niedrigen Einkommen ist dies eine sozial explosive Frage (Becker 2014a: 2). Außenpolitisch ist der Energiebereich ebenfalls konfliktiv, da die Vorstellungen der EU und Russlands zur den Normen für den Energiebereich zu einander im Widerspruch stehen (vgl. Załucki 2011: 38 ff.).

Die im Abkommen vorgesehene Handelsliberalisierung wird absehbar einen weiteren De-Industrialisierungsprozess fördern, gleichzeitig werden die Spielräume für industriepolitische Maßnahmen, welche die Wirkungen der Handelsliberalisierung abfedern könnten, systematisch eingeschränkt. Damit hat das Abkommen bezogen auf die ukrainische Ökonomie eine anti-industrielle Ausrichtung. Tendenziell wird einer verstärkten Primarisierung des Exportes – vor allem im Agro-Bereich – der Weg bereitet. Einige

Bestimmungen des Abkommens sind zumindest implizit gegen die Verflechtungen mit Russland gerichtet.

Kontroversen um das Assoziationsabkommen

Die Ukraine ist in der Frage der wirtschaftlichen Orientierung scharf in West und Ost geteilt, im Westen sind laut Umfragen etwa Zweidrittel der Bevölkerung für eine verstärkte Integration in die EU, im Osten geben ebenfalls etwa Zweidrittel der Orientierung auf Russland den Vorzug (Figes 2014: 70). Diese spiegelt nicht nur unterschiedliche kulturelle Orientierungen, sondern auch unterschiedliche wirtschaftliche Verflechtungsmuster wider. Die neue ukrainische Bourgeoisie, die Oligarchen des Landes, waren und sind in der außenwirtschaftlichen und -politischen Orientierung ebenfalls nicht einheitlich. Kościński und Worobiow (2013: 1 f.) sahen in einem Papier für das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten (PISM) aus dem Jahr 2013 im Hinblick auf die Exportinteressen der wichtigsten Oligarchen große Unterschiede zwischen den Branchen. Die größten Vorteile hätten die Oligarchen im Nahrungsmittelsektor, darunter Petro Porošenko (zeitweilig Wirtschaftsminister während der Präsidentschaft von V. Janukovyč, derzeit Staatspräsident). Hingegen habe die Schwerindustrie, die den Hauptpfeiler der Partei der Regionen des damaligen Präsidenten Janukovyč stellte, kaum Vorteile von dem Assoziationsabkommen. Sie könne potenziell von einer Mitgliedschaft in der Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan profitieren. Allerdings gibt es, wie Lukierska (2014: 248) anmerkt, in diesen Kreisen Vorbehalte gegenüber der „Integrationsprojekten unter russischer Ägide“, da die Ukraine in solchen Projekten in einer relativ schwachen Position wäre und sich die ukrainischen Oligarchen den stärkeren russischen Kapitalgruppen gegenüberübersahen. Sie waren daher bislang tendenziell auf eine multi-vektorale Außenpolitik, die zwischen EU und Russland laviert, orientiert. Lange Zeit wurden die möglichen Folgen des Abkommens kaum diskutiert. Relativ kurz vor dem vorgesehenen Abschluss des Abkommens äußerten dann aber doch einige Unternehmerkreise, aber auch Gewerkschafter Sorge über die wirtschaftlichen Folgen des Abkommens (vgl. Becker 2014a: 2).

Hatte Janukovyč die mit dem Abkommen verbundenen Probleme lange Zeit heruntergespielt (vgl. Balcar 2013: 9), so wandte er sich angesichts massiver außenwirtschaftlicher Probleme, hoher Auslandsschulden und russischer Pressionen im Spätherbst 2013 kurz vor der geplanten Unterzeichnung des Abkommens dann doch von der Unterschrift ab (vgl. Leidenfrost 2013: 8). Die EU zeigte sich in der Frage von materieller Abfederung der Integrationsfolgen gegenüber der ukrainischen Regierung sehr zugeknöpft (Krejčí 2013: 9). Die russische Regierung zeigte sich angesichts der mehr als prekären wirtschaftlichen Lage der Ukraine in ihren ökonomisch-finanziellen Angeboten, wie Leidenfrost (2013: 8) zu Recht feststellt, auch nicht auf der Höhe ihrer integrationspolitischen Ansprüche.

Janukovyčs Rückzug von der Unterschrift unter das Abkommen setzte dann im Spätherbst eine Protestwelle, vor allem in West- und Zentralukraine, in Gang, die letztlich zum von zentralen westlichen Regierung gewünschten Sturz des Präsidenten Janukovyč mündete.

Auf West- und Strukturanpassungskurs

In der Ukraine setzten sich mit dem Regimewechsel die Parteigängerinnen einer politischen und ökonomischen Westorientierung durch. Die ukrainische Seite unterzeichnete am 21. März 2014 den „politischen“ und am 27. Juni 2014 den „wirtschaftlichen“ Teil des Assoziationsabkommens. Ratifiziert wurde das Abkommen durch das Europa- und ukrainische Parlament am 16. September 2014. Das Freihandelsabkommen soll allerdings erst Anfang 2016 in Kraft treten. Wie es hieß, solle die Zeit bis dahin zu Gesprächen mit Russland über strittige Aspekte des Abkommens genutzt werden (Kafsack 2014: 2). Substanzuelle Bedeutung ist solchen Gesprächen nicht beizumessen. Die vertraglichen Fakten sind bereits geschaffen.

Die Wirtschaftspolitik der ukrainischen Regierung wird allerdings nicht allein durch das Assoziationsabkommen mit der EU, sondern auch durch das Abkommen mit dem IWF für einen Stützungskredit von 17 Mrd. US\$, das Ende April 2014 bekannt gegeben wurde, stark konditioniert. Besonders konzentriert ist der Druck in Fragen der politisch und sozial besonders sensiblen Energiepolitik. Bereits im April 2014 beschloss der Gaspreisregulator eine Preiserhöhung für Haushalte um 56%, weitere Erhöhungen wurden dem IWF für die Folgejahre in Aussicht gestellt (IMF 2014: 73). Für die stark verarmte Bevölkerung ist der hierin zum Tragen kommende Subventionsabbau – auch Teil des EU-Assoziationsabkommens und Zankapfel bei früheren Abkommen mit dem IWF – mit extremen sozialen Härten verbunden. Eine weitere Priorität des Abkommens ist die Restrukturierung von Naftogaz (ibid.: 74). Ganz im Sinne der Privatisierungsphilosophie von EU und IWF treibt Premierminister Arsenij Jaceňuk die Teilprivatisierung des ukrainischen Gasnetzes zugunsten westlicher Konzerne voran. Hierbei stößt er allerdings bisher auf erheblichen Widerstand in den eigenen Reihen und konnte das Vorhaben in ersten Anläufen (noch) nicht durch das Parlament bringen (Bielecki 2014: 10, Boy 2014: 2). Im Schatten des Krieges forciert die ukrainische Regierung – allerdings begleitet von inneren Konflikten – eine Politik neo-liberaler Strukturanpassung und weiteren Sozialabbaus.

Das EU-Abkommen wird die Ukraine ökonomisch noch stärker in eine periphere Position bringen. Der mit dem Assoziationsabkommen verbundene geo-politische und -ökonomische Konflikt hat für die direkt vom Krieg betroffene Donbass-Region bereits schwere Zerstörungen gebracht, bedeutet aber auch für den Rest der Ukraine einen weiteren ökonomischen und sozialen Niedergang. Negative wirtschaftliche Folgen bringt aber auch die Reduktion und Durchtrennung der engen Wirtschaftsbeziehungen mit Russland mit sich.

Literatur

- Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States on the One Part, and the Ukraine on the Other Part. (http://eeas.europa.eu/ukraiae/assoagreement/assoagreement-2013_en.htm, abgerufen: 24.3.2014).
- Balcar, Ladislav (2013) Ukrajina na dvou židlich. In: Literární noviny, Nr. 40, 3.10.2013, 9.
- Becker, Joachim (2014a) Problematische Assoziierungspolitik: Die EU-Strategie im Ukraine-Konflikt. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Nr. 3–4, 2–3.
- Becker, Joachim (2014b) Osteuropa in der Krise: Ökonomische und politische Dynamiken. In: WISO, 37(2), 13–30.
- Bielecki, Tomasz (2014) Mecz Poroszenko – jaceňuk wstrząsa Kijowem. In: Gazeta Wyborcza, 26–27.7.2014, 10.

- Bojcun, Marko (2011) The Ukrainian Economy and the International Financial Crisis. In: Dale, Gareth (Hg.): First the Transition, then the Crash. Eastern Europe in the 2000s. London, 143-168.
- Boy, Ann-Dorit (2014) Jazeniuks Kehrtwende. In: Frankfurter Allgemeine, 1.8.2014, 2.
- Büscher, Klemens (2014) Republik Moldau: EU-Assoziierung im Schatten der Ukraine-Krise. SWP-Aktuell, Nr. 48, Juli 2014.
- Claar, Nicole/Nölke, Andreas (2012) Tiefe Integration: Konzeptionelle Grundlagen. In: Journal für Entwicklungspolitik, 28(2), 8–27.
- Ehlers, Kai (2014) Eurasische vs. Europäische Union. In: Dathe, Claudia/Rostek, Andreas (Hg.): Majdan! Ukraine, Europa. Berlin, 93–98.
- European Commission (o.J.) EU-Ukraine Deep and Comprehensive Free Trade Area.
- European Commission Directorate-General for Trade (2013) European Union, Trade with Ukraine.
- Figes, Orlando (2014) Die Ukraine gibt es nicht. In: Dathe, Claudia/Rostek, Andreas (Hg.): Majdan! Ukraine, Europa. Berlin, 67–71.
- Ilina, I.A. (2011) Russkij vektor v novoj vnešnej politike Ukrainy. In: Nacionalnyj Universitet DPS Ukrainy, NDI finansovogo prava (Hg.): Ukrajina na novych realizacijach: politični, ekonomični ta pravovi orijentiry rozvytku, Kiew, 70–73.
- IMF (2014) Request for a Stand-By Arrangement – Staff Report; Supplement; Staff Statement; Press Release; and Statement by the Executive Director for Ukraine. IMF Country Report 2014/106.
- Kafsack, Hendrik (2014) Hat Put einen Fuß in der Tür? In: Frankfurter Allgemeine, 17.9.2014, 2.
- Kościnski, Piotr/Worobiow, Jewgen (2013) Oligarchowie wobec stowarzyszenia Ukrainy z UE. PISM Biuletyn, Nr. 84 (1060), 19.8.2013.
- Krejčí, Oskar (2013): Ukrajina: jablko sváru. In: Literární noviny, Nr. 49, 5.12.2013, 9.
- Krejčí, Oskar (2014) Rusko a Zapád: Konflikt na večné časy. In: Literární noviny, Nr. 8, 7.8.2013, 22–23.
- Leidenfrost, Martin (2013) Zu wenig Luft zum Atmen. In: Freitag, Nr. 48, 28.11.2013, 8.
- Lukierska, Ula (2014) Ukraina w uścisku familii. In: Krytyka polityczna, Nr. 37-38, 244–250.
- Myant, Martin/Drahokoupil, Jan (2011) Transition Economies: Political Economy in Russia, Eastern Europe, and Central Asia. Hoboken.
- Sadowski, Rafał (2013) Partnerstwo w czasach kryzysu. Wyzwania dla integracji europejskiej państw Europy Wschodniej. OSW Punkt Widzenia, Nr. 36.
- Seciercu, Stanislav/Sobják, Anita (2014) Trzy sprawdziany dla umowy stowarzyszeniowej między UE a Mołdawią. PISM Biuletyn, Nr. 83(1195), 27.6.2014.
- Tatarenko, Nataliya Oleksiyiva (2009) Kształtowania pozycji Ukrainy w gospodarce europejskiej. In: Woźniak, Michał Gabriel/Chuzhykow, Viktor Ivanowych/Lukienko, Dmytro Grygorovich (Hg.): Konwergencja modeli ekonomicznych. Polska a Ukraina. Kraków, 360–385.
- Trenin, Dmitry (2014) The Ukraine Crisis and the Resumption of Great-Power-Rivalry. In: Rossija v globalnoj politike, 14.7.2014 (<http://eng.globalaffairs.ru/book/The-Ukraine-Crisis-and-the-Resumption-of-Global-Power-Rivalry-16806>; abgerufen: 21.7.2014).
- Vercueil, Julien (2014) Aux racines économiques du conflit ukrainien. In: Le Monde diplomatique, 61(724), 4.
- Załucki, K. (2011) Recent Developments of Ukrainian Energy Policy and Practice – Towards European and Ukrainian Energy Security. A Summary of Relevant Experts' Analyses, Articles and Press Releases. In: Nacionalnyj Universitet DPS Ukrainy, NDI finansovogo prava (Hg.) Ukrajina v novych realizacijach: politični, ekonomični ta pravovi orijentiry rozvytku. Kiew, 25–43.